

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Sonnabend

22. August 1925

Berlin und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Briand's Note in Berlin.

Uebersetzung erst am Montag.

Nachdem bereits gestern offiziös aus Paris gemeldet worden war, daß die französische Antwort auf den deutschen Paktvorschlag und auf seine Ergänzung infolge der ersten französischen Antwort übermorgen, Montag, der deutschen Reichsregierung übergeben werde, bestätigt heute auch die Reichsregierung diese Ankündigung. Wenn aber in der Havas-Meldung die Veröffentlichung der Note erst für Freitag angekündigt worden ist, so hält man in Berlin eine solche Frist zwischen Uebersetzung und Veröffentlichung für viel zu lang, da man die deutsche Öffentlichkeit nicht so viele Tage in Ungewißheit lassen könne. Es wird auch betont, daß der Zeitpunkt der Veröffentlichung selbstverständlich zwischen den Alliierten und Deutschland vereinbart werden müsse, nicht aber einseitig von Paris aus festgelegt werden könne. Man hofft, den Wortlaut am Mittwoch bekanntgeben zu können.

Was die verschiedenen Voraussetzungen des Inhalts der Note anbelangt, so steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß ein deutsches Interesse am Sicherheitspakt natürlich nicht bestehen würde, wenn er alliierten Staaten die Möglichkeit belassen würde, auf Grund irgendwelcher juristischer Konstruktionen gewaltsam gegen das wehrlose Deutschland vorgehen zu können, wie das z. B. bei der Ruhrbesetzung der Fall war. Gerade das Bestreben, die Wiederholung derartiger Gewaltakte für die Zukunft auszuschließen, hat den Anlaß zu dem deutschen Sicherheitsvorschlag überhaupt gegeben.

Vorkonferenz in Genf.

Stellungnahme der Oststaaten zum Garantiepakt.

Genf, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Unmittelbar vor der Tagung des Völkerbundes wird in Genf eine Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten und Polens stattfinden, um zu dem Garantiepakt eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen.

Der Marokkokrieg geht weiter.

Militaristische Trompeteustöße.

Paris, 22. August. (W.B.) Die Zurückberufung der Agenten für eventuelle Verhandlungen mit Abgesandten Abd el Krim's wird vom Temps als eine Klärung der Lage begrüßt. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, so schreibt das Blatt, mit dem Rif-Abenteurer zu verhandeln, es heiße jetzt, ihn bekämpfen und endgültig nieder-

zuzwingen. Abd el Krim's Weigerung, die in Madrid ausgearbeiteten Friedensbedingungen kennen zu lernen, beweise, daß er den Krieg fortsetzen will. Niemand habe jetzt mehr ein Interesse daran, diese Bedingungen kennen zu lernen, denn die Lage werde eine vollkommen andere sein, sobald Abd el Krim durch Waffengewalt gezwungen werde, sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Für das Ansehen Frankreichs in der Welt, für die Sicherung seines Einflusses und seiner zivilisatorischen Arbeit in Marokko, gebe es keine andere Lösung als die der Niederzwingung Abd el Krim's.

Das chinesische Wespennest.

Englische Verstimmung über die japanisch-chinesische Verständigung.

London, 22. August. (W.B.) Nach Meldungen aus Schanghai ist das Abkommen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den japanischen Betrieben von einer Kommission der japanischen Handelskammern in China und von den Bevollmächtigten der chinesischen Handelskammern unterzeichnet worden. In englischen Kreisen hat das Vorgehen Japans, das sich hinter dem Rücken Englands mit China verständigt hat, starke Verstimmung hervorgerufen. Die Londoner Presse nimmt scharf gegen Japan Stellung.

Russisch-chinesische Spannung.

Paris, 22. August. (W.B.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Charkow soll zwischen der chinesischen Bevölkerung und den russischen Einwohnern eine zunehmende Spannung beobachtet werden können. Die örtliche chinesische Presse erhebe gegen die Eisenbahnerverwaltung von Ostchina die Beschuldigung, für Sowjetrußland Propaganda zu treiben. Die chinesischen Behörden sollen unter Androhung strenger Strafen den Umlauf russischen Geldes untersagt haben.

Karachan geht in Urlaub.

Peking, 22. August. (W.B.) Der Botschafter der Sowjetrepublik Karachan wird aus Gesundheitsrücksichten einen zweiwöchentlichen Urlaub antreten und in einigen Tagen nach Moskau abreisen.

Der Boykott beginnt.

London, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Hafen von Hongkong liegt seit Donnerstag der britische Handel vollständig brach. Der Boykott hat begonnen und wird mit strenger Konsequenz durchgeführt.

Die 100 Millionen der Rentenbank.

Eine amtliche Erwiderung.

Am Anschluß an einen begründeten Angriff, den der Abgeordnete Gen. Dr. Herz in einer der letzten Reichstagsitzungen gegen die Reichsregierung unternommen hat, wird in einem Teil der Presse die Auffassung vertreten, das Reich habe der neugegründeten Rentenbank-Kreditanstalt ein Geschenk von 100 Millionen Reichsmark gemacht und damit der Landwirtschaft neben dem Zollschutz eine bedeutende Vergünstigung gewährt; das Geschenk soll darin bestehen, daß das Reich sich verpflichtet hat, der Rentenbank die 1/10 des Diskontgewinnes aus der privaten Kreditgewährung zu ersetzen, die die Rentenbank nach dem Befehle an die Reichsbank abzuführen hat. Dazu wird dem W.B. auf Anfrage mitgeteilt:

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der Rentenbank bildet eine einheitliche Aktion; es geht nicht an, eine einzelne Leistung des Reichs herauszugreifen und als Geschenk hinzustellen, die Gegenleistungen aber unberücksichtigt zu lassen. Die Regelung ist nämlich in folgender Weise geschehen:

Der langfristige Kredit des Reichs bei der Rentenbank wird von 1100 auf 1200 Millionen RM. erhöht; die Deutsche Rentenbank erlöst dem Reich die Hälfte dieser Schuld. Die andere Hälfte hat das Reich in 10 gleichen Jahresraten von je 60 Millionen zum Zwecke der Tilgung des Umlaufs an Rentenbankscheinen zu zahlen. Die vertragsmäßige Verzinsung der Schuld wird vom 1. Oktober 1924 an erlassen. Das Reich übernimmt die Abführung der sieben Zehntel des Diskontgewinnes an die Reichsbank. (Dieser Diskontgewinn wird sich unter dem Betrage der vorerwähnten Krediterhöhung durch die Deutsche Rentenbank von 100 Millionen halten.)

Es war anfangs beabsichtigt, die interne Auseinandersetzung in das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen aufzunehmen, das Organisationskomitee verlangte jedoch die Streichung aller darauf bezüglichen Bestimmungen, da sie nicht unmittelbar mit den vom Sachverständigenrat verlangten währungsrechtlichen Maßnahmen zusammenhängen. Es wurde deshalb vorgezogen, die Auseinandersetzung neben dem Befehle durch einen Vertrag zwischen dem Reich, der Reichsbank und der Rentenbank zu regeln.

Der Inhalt dieses Vertrages war, wenn er auch erst später endgültig schriftlich niedergelegt wurde, bereits im ersten Halbjahr 1924, also lange vor der Einbringung des Liquidierungsgesetzes, vereinbart worden.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die vertragliche Auseinandersetzung mit der Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt und mit den sieben erlassenen Steuer- und Zollgesetzen nicht das mindeste zu tun hat, sondern zeitlich lange zurückliegt.

Nicht nur die Zinslosigkeit des langfristigen Kredits, sondern auch die aus dem Liquidierungsgesetz ersichtliche Erhöhung

des langfristigen Kredits um 100 Millionen RM. ist durch das Vertragsabkommen erreicht worden — ganz abgesehen davon, daß die finanzielle Auswirkung aus der erwähnten Sieben-Zehntel-Zahlung für das Reich in einem anderen Licht erscheint, wenn man die hierauf bezüglichen Einzelbestimmungen, deren Erläuterung hier zu weit führen würde, beachtet. Die Behauptung, daß das Reich der Rentenbank ein Geschenk gemacht habe, ist durchaus unzutreffend, die Angelegenheit wird im übrigen demnächst im Haushaltsausschuß des Reichstages in allen Einzelheiten aufgeföhrt werden.

Es wird sich noch im Haushaltsausschuß Gelegenheit bieten, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Festzuhalten bleibt, daß das Reich auch hier genau wie im 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrie über einen großen Betrag aus den freien Einnahmen verfügt hat, ohne den Reichstag eine Stellungnahme dazu zu ermöglichen! Inwiefern die Leistung des Reiches durch eine Gegenleistung der Rentenbank aufgewogen wird, das bedarf noch eingehender Prüfung.

Der internationale Kongreß.

Die Frauenkonferenz.

Marseille, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Konferenz sind 14 Länder, mit 46 Delegierten anwesend. Die deutsche Delegation ist besonders stark. Im Auftrag der Exekutive begrüßte Hermann Müller die Tagung. Er wies vor allem darauf hin, wie unerlässlich für die sozialistische Bewegung die Arbeit unter den Frauen sei. Nur im Zusammenwirken mit den Frauen sei das sozialistische Endziel zu erreichen. Genosse Popp-Wien schilderte die Tätigkeit der Frauen in den vergangenen zwei Jahren und ersuchte mit Rücksicht auf die kurze Tagungszeit von dem gewohnten mündlichen Bericht Abstand zu nehmen und sich mit dem schriftlichen Bericht zu begnügen. Es folgte die Konstituierung des Bureaus, dem Genossin Juchacz als Vorsitzende und Genossin Wurm als Schriftführerin angehören. In der Vormittagsitzung wurde ferner die deutsche Entschlieung über die Methoden zur Organisation sozialistischer Frauen vorgelegt. In der Begründung fordert Genossin Juchacz die Bildung eines internationalen Frauenkomitees und die Eingliederung der Frauen in eine gemeinsame internationale Organisation.

In Wien hat die Polizei eine für Sonnabend nachmittag abgeraumte kommunistische Massenversammlung mit einer Tagesordnung gegen die jüdisch-wirtschaftliche Ausbeuterfront und gegen Sakentum und Faschismus mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschende Unruhe und die Gefahr der Unruhe heute nachmittags unter der Devise „Wiener Volkstag“ stattfindenden böllischen Kundgebungen verboten.

Ein Schlufstrich.

Der Rinderglanke an Stinnes ist tot.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Hausorgan der Familie Stinnes, ist verkauft worden. Der Betrag, um den sie in den Besitz eines anderen großkapitalistischen Konfortiums übergegangen ist, fällt gegenüber der Summe der Verpflichtungen des Stinneskonzerns und dem Wert der übrigen von der Liquidation erfassten Stinnes-Objekte nicht ins Gewicht. Rein wirtschaftlich gesehen, handelt es sich dabei nur um ein Teilgeschäft der Stinnes-Liquidation. Aber eine Zeitung ist mehr als ein reines Erwerbsunternehmen. Wer sie kauft, erwirbt nicht nur Gebäude und Maschinen, Papier- und Inkerentente, Abonnenten und eine Redaktion, wenn sich die Redaktion mit verkaufen läßt — er erreicht zugleich Einfluß, Einfluß auf die Köpfe der Leser, Einfluß im Chor der Gesamtstimme der Presse, Einfluß im politischen Leben, Macht. Und wer sie verkauft, der verliert das alles.

Es ist ein Kapitel für sich, daß Einfluß und Macht durch die Presse zur Handelsware geworden sind, daß man für drei Millionen bar auf den Tisch das alles kaufen kann. Die Zeitung als verkäufliche Gefinnungsfabrik ist ein boshafte Herrbild des Idealbilds, das sich jeder aufrechte und unabhängige Schriftsteller von der politischen Presse machen muß, wenn sein Beruf nicht Prostitution sein soll. Wir haben zu einem Zeitpunkt, als die Geschichte aufsteuerte, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ feil sei, mit aller Schärfe betont, daß die Tatsache, daß eine Zeitung, ein Sprachrohr der öffentlichen Meinung, feil sei, ein Stück der Schande unserer Tage sei. Die Redaktion, um deren Zeitung — darf man denn überhaupt sagen, daß es ihre Zeitung war? — der Handel ging, hat sich nicht empört gegen diesen Gedanken. Sie hat es vorgezogen, sich hinter der Ausrede zu verschanzten, die Mitteilungen über den beabsichtigten Verkauf seien Ratsch — das Haus Stinnes denke nicht an den Verkauf.

Heute erlöh diese Redaktion die Erklärung, es sei ihr versichert worden, daß die politische Haltung des Blattes bei einem Besitzwechsel nicht geändert werde. Sie werde „im Bewußtsein gegenüber der nationalen Aufgabe der D.A.Z.“ ihr Verhalten von der Durchführung dieser Absichten abhängig machen. Diese Redaktion hat im Verlauf der Geschichte der „D.A.Z.“ unter der Ägide Stinnes erfahren, daß nicht sie die politische Haltung der Zeitung bestimmte, sondern die Tatsache, daß das Haus Stinnes Eigentümer der Zeitung war. Sie hat erlebt, daß der Besitzer nicht nur über die Haltung der Zeitung, sondern auch über die Zusammenfassung des Redaktionsstabes entschied. Wir haben immer, wenn diese Tatsache öffentlich festgestellt wurde, von dieser Redaktion die Verteidigung gehört, daß der Besitzer der Zeitung sich der politischen Direktive enthalten habe. Aber es gibt Tatsachen, die nur zu deutlich zeigen, daß diese Zeitung ein Instrument der Hauspolitik des Besitzers, nicht ein Instrument einer unabhängigen Redaktion war. Wir denken dabei an den unverantwortlichen Vorstoß der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen den Kredit des Reiches und die Wechselunterschrift der Regierung Birth — einen Vorstoß, der in eben dem Zeitpunkt erfolgte, als es um die Vermeidung der Ruhrbesetzung ging. Damals wurde ein Höhepunkt des Kampfes der Stinneschen Interessentenpolitik gegen die Politik der Reichsregierung erreicht. War das die „nationale Aufgabe der D.A.Z.“? War dieser freche Vorstoß, auf den die Regierung empört mit dem Verbot antwortete, nicht ein Ausfluß der politischen Direktiven des Besitzers? Oder hatte sich die Redaktion der D.A.Z. so sehr in die Feinheiten der Stinneschen Hauspolitik eingeföhrt, daß sie an diesem Zeitpunkt, auf Tag und Stunde peinlich genau abgepaßt, ohne Anrechnung durch den Besitzer von selbst funktionierte?

Diese Redaktion geht mit der Zeitung an den neuen Besitzer über. In dieser Tatsache liegt das stärkste Symbol des Zusammenbruchs des Hauses Stinnes, zugleich das stärkste Symbol des Zusammenbruchs der Stinnes-ideologie. Der Verlust an politischem Einfluß und Prestige, der in diesem Verkauf zum Ausdruck kommt, mag für die Führer des Hauses Stinnes besonders schmerzlich sein — für die Öffentlichkeit symbolisiert er die politische und ideologische Bedeutung, die dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns zukommt.

Es war das Merkmal der Stinnes-Ideologie, daß sich die Stinnesche Hauspolitik als nationale Politik drapierte. Sie bemühte die geistige Verwirrung, die die politischen Krisen, die Krisen der Wirtschaft und der Währung in der Nachkriegszeit hervorgerufen hatten, um für die Kreise, die jede politische und grundsätzliche Orientierung verloren hatten, einen Götzen der Macht zu errichten, an den die irrenden Geister sich anklammern sollten. Die Stinnesche Hauspolitik hat, als sie sich der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bemächtigte, eine Redaktion herangezogen, die diese geistige Verwirrung selbst in sich trug und darum prädestiniert war, in den Dienst der Ausbreitung der Stinnes-Ideologie zu treten. Sie gewann Männer, die die Entwicklung eines autoritären Unternehmerstaates aus innerer konservativer und machtpolitischer Grundhaltung bejahten und als Fortentwicklung der sozialistischen Gedanken anzupreisen wagten, Männer, deren Gefinnung labile Konjunkturgefinnung war, die zu jenem niederen Typ des Schriftstellers gehörten, der es nicht als seine Aufgabe ansieht, von großen Grundfragen ausgehend seiner Zeit den Puls zu fühlen und der Öffentlichkeit die großen Entwicklungslinien und die treibenden Kräfte zu zeigen, sondern der im seltsamen Gewässer unklarer Ideologien mißplätschert und auf jede neu auftretende politische und soziale Anziehungskraft reagiert.

Diese Redaktion wurde zur journalistischen Verbünderin der Irrlehren, die alle Phasen der sinnlichen Hauspolitik begleiteten. Sie hat die Auffassung vertreten, daß Sinnes der Retter der Wirtschaft sei. Sie hat das Sinnliche Inflationsgeschäft als ein Stück Sozialismus gepriesen. Sie hat mit Sinnes gegen die rechtzeitige Ordnung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung getämpft. Sie hat mit Sinnes Anschauungen vertreten, deren Kerngedanke es war, daß die Inflation ein Segen für Deutschland sei. Sie hat mit Sinnes den Kurs der deutschen Außenpolitik zu durchkreuzen versucht, als die Politik der Verständigung und der Erfüllung den Sinnlichen Expansionsplänen, die auf den fortschreitenden Verfall der Währung aufgebaut waren, im Wege war. Sie hat sich mit Sinnes zur Politik der Erfüllung gewandt, als Sinnes aus der Erfüllung ein Riesengeschäft für sich zu machen gedachte. Sie hat der sozialen Bedrohung der Arbeiterschaft, dem Raub des Achtstundentages das Wort geredet. Alles unter der Parole: das autoritäre Unternehmertum, Hugo Sinnes wird euch herrlichen Zeiten entgegenführen. Das war ihre „nationale Aufgabe“, und diese nationale Aufgabe war bald so, bald anders — je nachdem es den Wechselfällen der wirtschaftlichen politischen Spekulationen des Besitzers der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entsprach. Von dieser „nationalen Aufgabe“ ist nach dem Sturze des Bösen Sinnes nichts übrig geblieben als ein leichter, grundsätzlicher, nach rechts tendierender Nationalliberalismus. Der Kindergrube an die heilbringende Kraft des autoritativen Wirtschaftsführers ist dahin. Die ausgeblähten Theorien und Spekulationen, die wie ein Nebel die unheilvolle Tätigkeit des Hauses Sinnes umgaben, sind verslogen. Aber die Redaktion, die sie wälzte, ist geblieben. Sie hat eine neue Ideologie bitter nötig — sie hat sie sich zugelegt in Gestalt eines kraft- und weislosen Nationalliberalismus:

In den Ocean schiff mit tausend Rosten der Jüngling.
Stiä auf getreteltem Boot treibt in den Hafen der Greis.
Der Besitzübergang der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist ein markanter Schlußstrich. Die Sinnes-Ideologie ist tot.

Bachem, der Deutschnationale.

Ein Beispiel „deutschnationaler“ Pflückerfüllung.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, folgendes Schreiben, das den Briefkopf des preussischen Landtags trägt, zu veröffentlichen:

Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 5, den 14. Juli 1925.
An die
Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei,
3. H. des Herrn Professor Dr. Meyer, R. d. L.
durch Herrn Geheimrat v. Jacobi,
Berlin SW 11, Bernburger Straße 24-25.

Im Anschluß an mein Schreiben vom 9. Juni 1925, das an die Hauptgeschäftsstelle 3. H. von Herrn Professor Meyer gerichtet war und an die Uebersendung eines Durchschlags eines Schreibens von mir an den volksparteilichen Abgeordneten Brünninghaus, Bitte um Material über Unterstützung von schwarzrotgoldenen Parteien durch Befehlsmächte, oder mindestens die Erleichterung der Arbeit dieser im Gegensatz zu den schwarzweißroten Parteien enthielt, auf das Schreiben der Parteileitung vom 18. Juni 1925 — Nr. 10692/93/94 v. J./Dr. — gez. v. Jacobi, und unter Bezugnahme auf die Rückfrage von heute mit Herrn Geheimrat v. Jacobi, erläuterte ich meine Bitte dahin, daß es sich um einen auf Veranlassung der Hauptgeschäftsstelle durch die Landesverbände im besetzten Gebiet von den Ortsgruppen und Vertrauensleuten zu erhaltenden Stoff handelt, der einerseits die schon vor der Reichspräsidentenwahl, insbesondere aber bei ihr durch die Organe der Befehlsmächte, und zwar durch allgemeine Anordnungen oder einzelnen Verfügungen hervorgerufenen Behinderung der Werbetätigkeit der schwarzweißroten Parteien materiell und formell darstellt, insbesondere durch Versammlungsverbote oder Einschränkungen, Drohungen oder Forderungen bei der Erteilung der Erlaubnis, Zeltungsverbote, Verbote der Verwendung der üblichen Parteizeichen und ähnliche Eingriffe und auf der an-

deren Seite eine hierdurch sich mittelbar ergebende, aber auch unmittelbar hervorgerufene Begünstigung der schwarzrotgoldenen Parteien durch entgegenkommendes Verhalten, Durchlassen von Hergängen, bei denen Beanstandung üblich war, oder gar unmittelbares Eintreten durch Anregungen, oder gar rednerische oder schriftliche Ausführungen darzut.

Wir bitten unsere Leser um Nachsicht: Es ist auch uns schwer gefallen, den Inhalt dieses gewaltigen Sahes von 28 Druckzeilen auch nur einigermaßen zu begreifen. Es geht aus ihm hervor, wenn wir ihn recht verstehen, daß der Schreiber bemüht ist, Material gegen die republikanischen Parteien zu sammeln, indem er angebliche Begünstigungen der Reichsfarben vor den schwarzweißroten Parteifarben durch die Befehlsmächte in den Westen feststellen will. Zu welchem demagogischen Zweck eine solche Sammlung erfolgt, braucht nicht erst erwähnt zu werden.

Wichtig aber ist folgendes: Dieser Bachem ist nicht etwa Angestellter des RSK-Bureaus der Leopold und Bacmeister, sondern preussischer Regierungsrat, der noch immer in Amt und Würden ist, neben den Landtagsdiäten kein Gehalt bezieht, jedoch, wie das „Berliner Tageblatt“ feststellt, seit vier Jahren keinen Dienst verrichtet! Der Beamte, der zum Abgeordneten gewählt wird, hat das Recht, Urlaub aus seinem Amte zu nehmen, ohne daß ihm deswegen eine Schwierigkeit gemacht werden darf. Er hat aber nicht etwa die Pflicht, auch während der Parlamentsferien sein Amt zu schwänzen, vielmehr darf er sich getrostes Mutes zum Dienst melden. Herr Bachem aber, der Vertreter einer Partei, die „altpreussische Beamtentradition“ angeblich wieder zu Ehren bringen will, macht von seinem Urlaubsrecht so ausgiebigen Gebrauch, daß seine Beziehungen zur Behörde nur noch im Empfang des Monatsgehalts und der Diäten bestehen. Seine übrige Zeit füllt er augenscheinlich aus, um Material gegen die Reichsfarben zu sammeln und sich im Schreiben langweiliger Briefe zu üben.

Wenn die Deutschnationalen wieder über die Beseitigung der Fachbeamten und über die Politisierung des Beamtenums jetern, wird man sie an Herrn Bachem erinnern. Es gibt aber doch wohl noch mehr Beamte der Republik, die als Abgeordnete der antirepublikanischen Parteien fungieren. Haben die auch ein so starkes Urlaubsbedürfnis, wie Bachem?

Berechtigter Protest.

Der Verfolgungskurs gegen die Schriftsteller.

Der Vorstand des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller mit der Unterschrift des bekannten demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Theodor Heuß fendet uns die nachfolgende Erklärung mit der Bitte um Aufnahme:

„Johannes R. Becher wurde soeben vom Oberreichsanwalt wegen der Veröffentlichung eines Gedichtbuches verhaftet, der Regiator Gärtner verhaftet wegen des Vortrags rabibulärer Verse schwerer Gefängnisstrafe, eine Reihe von Büchern sind eben erst um der Besinnung ihrer Verfasser willen beschlagnahmt worden. Der SDS sieht in diesen Ereignissen Vorzeichen einer neu herausziehenden Aera, in der die deutsche Republik geistige Angriffe mit ungeistiger Härte niederschlägt.“

Ohne den Schutzverband Deutscher Schriftsteller im einzelnen sowohl auf den literarischen Wert wie auf die Tendenz der Schriften festlegen zu wollen, appelliert er an die maßgebenden Behörden, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen: er ruft die Öffentlichkeit zur Wachsamkeit und zur Gegenwehr auf.

Der Schutzverband stellt den betreffenden Autoren seinen Beistand zur Verfügung; er hat in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium und den Oberreichsanwalt energischen Einspruch erhoben und um sofortige Einstellung der anhängigen Verfahren ersucht.“

Diese Stellungnahme des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller entspricht vollständig der Haltung, die wir gegen den Skandal dieser Verhaftung eingenommen haben. Hoffentlich bewirkt dieser Protest, daß endlich die gesamte

Öffentlichkeit gegen das Vorgehen des Oberreichsanwalts Front macht. Mit solchen mittelalterlichen Methoden wird Deutschland sich in der Welt kein Ansehen verschaffen.

„Delirium.“

Der Dauerzwist in der SPD.

Der „Roten Fahne“ ist es offenbar sehr unangenehm, daß wir gelegentlich in die internen Vorgänge der Kommunistenpartei hineinschauen. Anstatt schließlich irgendetwas zu erwidern, verfährt sie, wie gewöhnlich, nur in eine wüste Schimpferei. Unsere Angaben über die Zustände in der mitteldeutschen Hochburg der SPD, sollen vollkommen erfunden sein. Dabei lesen wir heute im „Mitteldeutschen Echo“ eine lange Erklärung des Redakteurs Karl Kürbs, die in allen Einzelheiten eine Bestätigung unserer Angaben ist. Wir geben aus dieser Erklärung nur einige Stellen, weil sie den Kampf der Kommunisten untereinander drastisch beleuchten. Herr Kürbs schreibt:

„2. Durch diese mir aufgezwungene Situation sah ich mich nicht veranlaßt, mich mit dem Redakteur Bistow auseinanderzusetzen. Ich griff erst ein, als die Leitung des Blattes in einer Weise geführt wurde, die mit den von mir bisher vertretenen Interessen der Arbeiterschaft unvereinbar geworden waren.“

3. Was die Ausführungen über das Erscheinen der Polizei drei Viertelstunden nach meiner Anwesenheit auf der Redaktion, wo ich gegen den Artikel Bruno Bogels: „Der Oberst“ protestierte, bedeuten soll, ist mir unerklärlich; oder will Herr Bistow damit dreist behaupten, ich sei der Donjuan, der die Polizei aufmerksam gemacht habe? Dazu ist mein Name bei der Arbeiterschaft zu gut bekannt und dafür bürgt meine Vergangenheit in der Arbeiterbewegung.“

4. Welch Geisteskind Herr Bistow ist und welche bodenlose Gemeinheit oder grenzenlose Unwissenheit aus ihm spricht, beweist am besten die Tatsache, daß er eine einseitige Verfügung, also eine rein zivilrechtliche Angelegenheit, mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, der ich das „Mitteldeutsche Echo“ denunziert haben soll, verwechselte. Vielleicht entsinnt sich Herr Bistow, daß er es war, der vor dem Zivilgericht umgekehrt die alte Redaktion unter der Leitung des Redakteurs Fintelmeier beschuldigte und nachzuweisen versuchte, daß sie für den Bürgerkrieg und für die Selbsthilfe der Arbeiterschaft (wie schrecklich!) eingetreten sei.

6. Zu dem tätlichen Angriff des Herrn Bistow auf mich, erkläre ich folgendes: Herr Bistow bezeichnete mich, indem er mich mit dem alten Kautsky (!) verglich, als einen Lumpen. Ich erwidere ihm hierauf, daß er dann ein noch größerer Lump sei. Darauf schlug Herr Bistow mich mit der Faust ins Gesicht und trat nach mir. Die Arbeiterschaft wird solche „schlagenden“ Politiker nach Gebühr einzuschlagen wissen.“

Vielleicht ist diese Erklärung des Herrn Kürbs, aus der wir nur Einzelheiten gegeben haben, auch nur eine Erfindung unseres „Deliriums“. Immerhin, so intelligent, wie die Redaktion der „Roten Fahne“, sind wir noch nicht, daß wir sogar die Honorarfrage erraten können, die sie zu zahlen pflegt. Nur kann die „Rote Fahne“ beruhigt sein: wenn wir sie angeben, dann pflegen unsere Angaben zu stimmen! Darin besteht überhaupt der Unterschied zwischen uns und der „Roten Fahne“.

Herbstübungen in Thüringen.

Die Reichswehr will neutral sein.

Weimar, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) In einer Konferenz der thüringischen Presse wurde von einem Offizier der 5. Division unter Hinweis auf die kommenden Herbstübungen erklärt, daß die Reichswehr nichts mit politisch rechtsgerechtem ehemaligen Offizieren zu tun habe. Von einer Einberufung oder Zulassung solcher Offiziere zur kommenden Herbstübung könne also keine Rede sein. Die Reichswehr sei in jeder Hinsicht eine politisch neutrale auf dem Boden der Reichsverfassung stehende Truppe, die nicht daran denke, die durch den Friedensvertrag gezogenen Grenzen hinsichtlich der Bewaffnung und Ausrüstung zu überschreiten. Die Herbstübungen fanden vom 10. bis 15. September zwischen Rudolstadt—Arnstadt und Erfurt statt.

Symphonie der Nacht.

Von Karl Sudet.

I. Allegro.

Von den Hülsenbaum, Bernadetten und anderen Strauchdämonen, die zu suchen ich ausging, war nichts mehr zu finden. Der Schreck ob des Landesverrates war ihnen wohl zu stark in die Glieder gefahren. Aus der „Wilhelma“ drangen aber wie immer, bis zur nächsten Straßenecke hörbar, teufliche Trompeten- und Posauntentöne heraus, lieblich begleitet von den himmlischen Klängen einer arg mißhandelten Pauke. In ihr Dröhnen war vergleichbar mit dem ehernen Schritt des in Wohlhall einziehenden Schwedensiegerra. Mein Freund behauptete, die Pauke klinge genau so, wie damals der durch das Hinfallen Rudendorfs auf das Münchener Stroßenpflaster erzeugte Knall.

II. Allegretto quasi andante.

Weil ich das Gefuchte nicht gefunden hatte, machte ich mich wieder auf den Heimweg und schliederte die Tauentienstraße entlang. Es war kurz vor der Polsterzeit. Die Luft war jetzt ziemlich rein und mürzig, also für diese Gegend ein immerhin ziemlich seltener Vorfall. Ueber die Dächer der Häuser zog das letzte Viertel des Mondes seine Bahn — geistlos gelb erleuchtet. Das Klingeln der Straßenbahn war seltener geworden; die ungetrimmen Autobusse flogen schneller vorbei als am Tage, denn sie hatten freiere Fahrt. Das Getöse der sinken Motorräder zerriff nicht mehr so oft, dafür aber desto nachdringlicher die Nacht. Die Lichtreflexen erloschen. Müde war die Lauschrift am Wittenbergplatz und hatte sich schon zur Ruhe begeben. Vorbei huschten noch die Mädchen, die keine Heimat mehr haben. Aus ihrer Unterhaltung hörte ich ein paar Brocken: Vom Hunger, vom Ekel, vom glänzenden Mitter, und vergessen darüber doch nicht ihr trauriges Gesicht. Auf dem Wittenbergplatz steht ein Gesangsverein. Er kommt von einer Feier oder Ueberungsstunde oder sonstwo her und singt hier noch schnell eines seiner Lieder in die Nacht — da naht die Polizei und treibt die Singenden auseinander; denn Ordnung muß ja schließlich sein.

III. Adagio.

An der nächsten Straßenecke verwickelte ich mich in einen Augenblick. Die Straßenbahnen nach dem Westen waren stark gefüllt, die Omnibusse nicht minder. Autodroschken stöhnten vorüber — diese und jene im Fonds erleuchtet, die meisten dunkel. Pärchen saßen darin und fuhren in die Nacht — wohin? Ost wissen es die Mädel wohl selbst nicht, bis sie eines Tages merken, daß ein Schernmittwoch über sie gekommen ist. — Brummend schlug die Uhr der Gedächtnisreihe. Es war, als verpörrte ich davon ein Erzittern der Luft; und dann ging ich nach Hause. In meinem Zimmer stand ich noch einmal am offenen Fenster. Die Dächer der Hinterhäuser hoben sich schemenhaft vom Nachthimmel ab. Der alte Baum auf dem Nachbargarten ließ seine wehenden Blätter rauschen, und aus dem geöffneten Fenster eines Schlafzimmers drang das Schnarchen eines tief schlummernden. Die Haustür wurde geschlossen. Ueber den Hof ging mit schwerem Schritt zur Hintertreppe ein „kleiner“ Genießer, die Wandtreppe aber erstickte ein „großer“. Bad zeigte sich in

ihren Wohnungen Licht — es erlosch — alles war wieder schwarz. Eine Rudersuhr schlug die zweite Stunde. Die Sterne verschwanden — Wolken hüllten sie ein — leichter Regen rieselte hernieder. —

IV. Finale.

Der Mann aus dem Hinterhause hatte nicht mehr lange Zeit zum Schlafen. Die Pflicht zur Arbeit rief energisch, und doch hätte er gern noch weitergeruht. Wir begegneten uns am Morgen, und er erzählte mir von seinem gestrigen Vergnügen, und wie lustig es war. Und von seinem schweren Kopf erzählte er auch. Das Schlafzimmer des Mannes im Vorderhause war um diese Zeit aber noch dicht verhängt.

Erdbeben-Prognose.

In den Schilderungen von Erdbeben wird häufig erwähnt, daß Tiere vor Eintritt des Naturereignisses unruhig werden, zittern, aus ihren Schlupfwinkeln hervorkommen und sich so auffällig benehmen, daß man daraus das Nahen der Katastrophe vorher sehen kann. Eine Erklärung für dieses Verhalten der Tiere läßt sich nur durch exakte Beobachtungen gewinnen. Von größter Bedeutung ist nun eine Selbstbeobachtung, die der Stadtbibliothekar von Algier, Corneg, gemacht hat, und über die er ausführlich in einer Aufzeichnung berichtet, die in der „Mischau“ wiedergegeben wird. Es handelt sich um das Erdbeben vom 5. November 1924, das etwa 75 Kilometer im Umkreis von Algier zu spüren war. Corneg arbeitete an diesem Tage gegen vier Uhr nachmittags in der Stadtbibliothek. Dabei fiel ihm auf, daß ihn ein plötzliches Frösteln überfiel trotz der sehr warmen Temperatur; auch eine nervöse Verstimmung machte sich geltend. Als mir der Kopf dabei schwer wurde, dachte ich daran, daß das bei elektromagnetischen Schwankungen, wie sie Gewittern oder einem Strohstoß vorausgehen, immer der Fall ist. Regen fünf Uhr nahm aber der Schmerz immer mehr zu und äußerte sich als bohrende Neuralgie in der linken Schläfe und Augenhöhle. In solchen Kopfschmerzen leide ich aber sonst nie. Es folgte dann eine Art Angstgefühl, Unruhe, und schließlich eine echte Erregung. Das Furchgefühl nahm derart zu, daß ich meine Arbeit aufgeben mußte. Ich erhob mich und trat auf den Balkon hinaus, der auf die Bai von Algier geht. Ich bin wohl hauptsächlich deswegen hinausgegangen, um freier atmen zu können. Der eigenartige Anblick der Landschaft legte mich in Erstaunen. Es war schönes Wetter, windstill, dabei ein eigentümlich gelbliches Licht; eine Art Schleier breitete sich über die Gegend, der aber nicht von Nebel verursacht wurde, denn die Luft war sehr trocken. Bis zu diesem Augenblick hatte ich mir über all die ausgeprägten Phänomene keinerlei Gedanken gemacht. Doch gerade, wie ich auf den Balkon hinaustrat, tauchte in mir plötzlich das Wort „Kataklysmus“ (Erdumwälzung) auf. In diesem Sinne hatte augenscheinlich das Gehirn die gewonnenen Eindrücke verarbeitet. Ich ging ins Zimmer zurück und rief einen Freund, der im Nachbarhaus arbeitete. Ich führte ihn auf den Balkon und sagte: „Sehen Sie sich den Ausdruck der Landschaft an: wir werden vielleicht ein Erdbeben bekommen.“ Ich muß hier ausdrücklich betonen, daß ich noch nie ein Erdbeben miterlebt hatte. Etwa zwei Stunden später, als Corneg bereits zu Hause in seiner

Wohnung war, brach dann das Erdbeben los. Nach seiner Beobachtung ist es nicht etwa das Erdbeben, was das Tier oder selbstfühlige Menschen vorher wahrnehmen, sondern das elektromagnetische Gewitter, das dem Erdbeben so oft vorangeht. „Dieses Phänomen ist es“, schreibt er, „das von den Tieren empfunden wird. Nur das elektromagnetische Gewitter hat sich fühlbar geltend gemacht. Das eigentliche Erdbeben ging ohne jeden Eindruck auf den Organismus vorüber. Technische Wahrnehmungen haben außer mir noch drei andere Personen gemacht.“

Perlenfischerei in schottischen Flüssen. In den Flüssen des schottischen Hochlandes sind Perlen im Werte von mehreren Hundert Pfund gefunden worden. Die Fischer wollen sich nun zu einer Verwertungsgesellschaft zusammenschließen, um die Perlenfischerei organisiert zu betreiben. Dies ist im übrigen schon in früheren Jahrhunderten der Fall gewesen, so zur Zeit Karls II., der bereits im Jahre 1355 das Perlenmonopol in den schottischen Flüssen verpachtete. Es ist bemerkenswert, daß ein Deutscher, Moriz Unger, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wieder auf den Wert der schottischen Perlen hinwies; doch gelang es ihm nicht, für eine großzügige Ausbeutung die nötigen Kapitalien zusammenzubringen.

Was ein Kriegsschiff kostet. Der Finanzminister der Admiralität, Mr. Davidson, hat in Erwiderung einer Anfrage des Arbeiter-sozialisten C. Wilson im Unterhause schriftlich folgende Zahlen angegeben: Ein Schlachtschiff neuesten Typs kostet einschließlich der Munition, Torpedos usw. 7 Millionen Pfund Sterling (140 Millionen Mark). Hieron entfallen 2,3 Millionen auf die Arbeit und 2,1 Millionen auf das Material, der Rest auf Gewinne und Einbittenskosten, wie Rieten, Steuern und andere Abgaben. Besetzung, Kraft und Erhaltung usw. — Die Kosten eines Schlachtschiffes belaufen sich auf sechs Millionen Pfund, davon annähernd auf 2,7 für Arbeit, also 500 000 Pfund Sterling mehr wie bei einem Schlachtschiff, und 1,6 Millionen auf Material. — Die entsprechenden Ziffern für einen modernen Leichten Kreuzer belaufen sich auf 2 Millionen, 900 000 und 600 000 Pfund Sterling, die für einen neuzeitlichen Zerstörer auf 325 000, 145 000, 98 000 Pfund Sterling, und die für ein modernes Unterseeboot endlich auf 400 000, 180 000 und 120 000 Pfund Sterling.

Der größte Dieselmotor der Welt. Eine Dieselmachine, die jetzt auf einer Hamburger Werft erbaut wird, ist die größte ihrer Art auf der Welt. Es ist eine doppelt wirkende 9-Zylinder-Zweitaktmaschine; der Zylinder beträgt 86 Zentimeter, die Hubhöhe 150 Zentimeter und die Umdrehungszahl 93%. Gegenüber der bisherigen höchsten Zylinderleistung von 1000 PS wird hier eine Leistung von 1670 PS pro Zylinder erreicht, und die Gesamtleistung des Motors beträgt 15 000 PS, während sie bisher nicht über 8000 PS hinausging. Die Maschine ist als Antrieb eines Drehstromgenerators von 10 000 Kilowatt für die Hamburgischen Elektrizitätswerke bestimmt.

Erlebnisse der Woche. Montag: Tballa-Theater: Annemarie; Sonnabend: Metropol-Theater: Rabane Angot.

Kundens hat sein Polarflugzeug an England verkauft für eine Flugexpedition nach der Südpol. Er plant, im nächsten Sommer einen Polarflug mit einer Dorniermaschine auszuführen, um das Gebiet zwischen Spitzbergen und Alaska zu erforschen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bauunternehmer wollen noch nicht bauen.

Die letzten Einigungsverhandlungen über die Lohnstreitigkeiten, ganz abgesehen von den übrigen Differenzen, sind gescheitert, hauptsächlich daran gescheitert, daß die Hilfsarbeiter und die Leiharbeiter leer ausgehen, den Leibern enger schnallen sollten. Die Arbeitgebervereinigungen wollten keine Aufbesserung der Hilfsarbeiterlöhne zu.

Noch am Abend des 20. August verbreitete die T. U. eine Meldung mit der Ueberschrift:

„Die Aussperrung im deutschen Baugewerbe beschlossen.“

Die Meldung lautete: „Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat heute in einer Sonder Sitzung beschlossen, am 29. August die Gesamtaussperrung in ganz Deutschland in Kraft treten zu lassen. Das Reichsarbeitsministerium hat zwar die Parteien nochmals zu Freitag geladen, doch besteht wenig Aussicht auf eine Verständigung.“

Die Scharmacher im Unternehmerlager wußten also schon vorher, daß es zu keiner Verständigung kommt, daß die Bauarbeiter sich ihren Bedingungen nicht unterwerfen konnten. Es ist trotzdem nicht zu hoffen, daß nun die Angriffe gegen die Bauarbeiter unterbleiben, die ihnen die Schuld zuschieben, daß nicht weitergebaut werden kann. Doch ist nunmehr noch deutlicher erkennbar, daß derartige Angriffe unberechtigt sind, die Unternehmer es sind, die die Bautätigkeit stilllegen.

Die Bauunternehmer leben davon, daß die Bauarbeiter bauen. Die Löhne, die sie zahlen, nehmen sie nicht aus ihrer Tasche. Die Bauauftraggeber müssen sie zahlen. Auch eine Lohnzulage zahlen die Bauunternehmer nicht aus ihrer Tasche; sie lassen sie den Auftraggebern auf die Rechnung, mit einem Zuschlag für sich. Der Schaden, der den meisten Auftraggebern erwächst, ist weit größer als etwa die Verteuerung durch eine Lohnerhöhung nach den ersten Schiedsprüchen. Die Bauunternehmer wissen das. Sie wissen auch, woran sie mit ihrer Arbeiterschaft sind. Wenn sie trotzdem nach wochenlangem Arbeitseinstellung die Gelegenheit zur Verständigung ungenützt lassen und nun — wie sie längst angekündigt — versuchen wollen, auf dem Umwege der Aussperrung die Bautätigkeit wieder in Gang zu bringen, dann steckt etwas anderes dahinter. Das ist kein Geheimnis mehr. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ein Interesse daran, die Löhne der Bauarbeiter selbst nominell nicht höher kommen zu lassen. Die Bauunternehmer, die ohnehin zum Teil schon die finanzielle Hilfe dieser Kreise in Anspruch nehmen mußten, vertreten in diesem Streit nicht mehr ihre eigenen Interessen, sie haben die Lohnpolitik der Arbeitgebervereinigung zu vertreten.

Die Abwehr der Bauarbeiter ist damit nicht mehr nur Sache der Bauarbeiter, sie ist

zur Sache der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft in ganz Deutschland geworden.

Die einsichtigen Unternehmer, die die Forderungen der Bauarbeiter anerkannt und bewilligt haben, oder die sie bewilligen möchten, werden mit allen Mitteln daran gehindert werden; wenn alles nichts hilft, durch Materialsperrung. Die kleinen und mittleren Unternehmer werden in diesem Kampfe aufgeben, zum Vorteil der großen Baugeschäfte.

Am 28. August soll die Generalaussperrung beginnen. Dieser Generalaussperrung sehen wir die Generalschlichtung für die Bauarbeiter entgegen. Solidarität ist Trumpf!

Zum Konflikt bei der Reichsbahn.

Wie uns mitgeteilt wird, haben die heutigen Besprechungen der vertragschließenden Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis geführt, daß der Reichsarbeitsminister ersucht werden soll, das Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die vertragschließenden Organisationen haben sich mit folgendem Schreiben an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Berlin, den 22. August 1925.

Betr.: Einleitung des Schlichtungsverfahrens.
Die Verhandlungen über eine Lohnerhöhung, die auf Grund der Kündigung der Lohnbestimmungen des Reichslohntarifvertrages vom 31. August d. J. zwischen der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft und den vertragschließenden Organisationen stattgefunden haben, sind gestern, dem 21. August 1925, ergebnislos abgebrochen worden.

Die unterzeichneten vertragschließenden Organisationen erheben nunmehr auf Grund der Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 30. Oktober 1923, Artikel I § 5 Ziffer 1, den Herrn Reichsarbeitsminister, möglichst bald einen Schlichter zu bestellen.

Die unterzeichneten Organisationen behalten sich vor, dem Schlichter ihre Forderungen mündlich vorzutragen.

(Unterschriften.)

Es ist selbstverständlich, daß die Eisenbahner keine Möglichkeit ungenützt lassen, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer friedlichen Einigung zu kommen. Es hängt wesentlich von der Stellungnahme der Reichsbahngesellschaft ab, ob es dazu kommt. Das anmutige Multiplikationspiel, wenn ein Arbeiter 12 Pf. Zulage bekommt, dann macht dies für so und so viele Arbeiter 144 Millionen aus, ist zu sehr abgegriffen, um noch Eindruck zu machen.

Rund 175 000 Arbeitslose in Polen.

Warschau, 21. August. (T. U.) Die Zahl der Arbeitslosen betrug laut amtlicher Statistik am 15. August in ganz Polen 174 729. Am stärksten ist die Zahl der Arbeitslosen in Oberschlesien gestiegen.

„Die Beamten fressen das Volk.“

Jedesmal, wenn sich die Beamtenorganisationen wegen einer Neuordnung der Beamtenbesoldung in Verhandlungen mit der Regierung befinden, steht in der abhängigen Rechtspresse eine offene oder versteckte Hege gegen die Beamten ein. Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Beamtenorganisationen die Zeitstellung trafen, daß das Signal hierzu aus dem Reichsfinanzministerium selbst kam. Fast für jede neue Steuermaßnahme die Beamten als Prügelknaben herhalten. Seit Jahren werden ganz systematisch die Beamten und die übrigen Bevölkerungskreise auseinandergehoben, indem man den Arbeitern und Angestellten wie auch der übrigen Bevölkerung die Lage der Beamten von der glänzendsten Seite zeigt. Selbst die Wirtschaftseinrichtungen der Beamtenorganisationen mußten dazu herhalten, die Geschäftsleute gegen die Beamten mobil zu machen. Der Zweck dieser Hege liegt klar zutage: Es soll eine Atmosphäre des Unmuts gegen die Beamten geschaffen werden, die es der Regierung und den Rechtsparteien ermöglicht, ihre unsoziale Besoldungspolitik gegenüber den unteren und mittleren Beamten fortzusetzen und damit das allgemeine Lohnniveau niedrig zu halten. Wie weit diese Hege bereits gediehen ist, zeigten einige Artikel der deutschnationalen Bauernbundszeitung in Württemberg, der „Schwäbischen Tageszeitung“ und „Der Schwäbische Landmann“, von denen der eine die bezeichnende Ueberschrift trug: „Die Beamten fressen das Volk.“

In diesen Artikeln des deutschnationalen Schriftstellers Körner jun. wird allen Ernstes die Forderung erhoben, den Beamten das aktive und passive Wahlrecht zu nehmen, um den „unheilvollen Einfluß der Beamten“ im Parlament zu beseitigen und den Parteien zu ersparen, fernerhin Rücksicht auf die fünf bis sechs Millionen Wählerstimmen der Beamten und ihrer Familien zu nehmen. In einer gemeinsamen Erklärung erhoben sämtliche Spitzenorganisationen der Beamten gegen diese wüste Hege scharfsten Protest und forderten die Parteien auf, zu diesen Angriffen klar Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme liegt jetzt vor. Die „Beka“ (Beamten-Korrespondenz) hat bei den verschiedenen Parteien eine Kundfrage veranstaltet, deren Ergebnis nach mancher Richtung hin interessant ist. Während sich von der kommunistischen Partei Deutschlands die Abgeordnete Frau Krendsee auf die Erklärung beschränkte,

„sie verweise auf die Haltung ihrer Partei in Beamtenfragen und sehe voraus, daß der Beamtenstand der Kampf der kommunistischen Fraktion. Im besonderen der Kampf um die Besserstellung der unteren Beamtengruppen betamit ist,“ gab von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unser Genosse Reichstagsabgeordneter Rohmann folgende Erklärung ab:

„Die Angriffe, die in der württembergischen Bauernbundszeitung gegen die Beamten erhoben worden sind, können nur einer vollkommenen Verständnislosigkeit gegenüber der Bedeutung und den Aufgaben entspringen, die das Beamtentum im Staate und in den Selbstverwaltungskörpern der Gegenwart zu erfüllen hat. Die Tatsache, daß eine solche Verständnislosigkeit überhaupt besteht und sich öffentlich Geltung verschaffen kann, hat mich sehr erschüttert als der Angriff selbst, gegen den die Beamten sich wohl zu wehren wissen werden. Ich bin erstaunt, daß solche Äußerungen einer unverschämlichen Beamteneindlichkeit aus der Presse einer Partei kommen, die auf ihre Anlehnung an die sogenannten staatsverhaltenden Parteien als Retter immer sehr stolz gewesen sind. Zur Ehre des Bauernstandes möchte ich übrigens annehmen, daß viele Landwirte sich trotz dieser Angriffe dieselbe vorurteillose Haltung gegenüber den Beamten bewahren, zu der sich die angeblich staatsfeindliche Arbeiterschaft längst durchgerungen hat. Obwohl man der deutschen Arbeiterschaft im monarchistischen Obrigkeitstaate manchen Anlaß gegeben hat, die Rolle des Berufsbeamtentums mitzuübersehen, steht sie heute zu den berechtigten Forderungen der Beamten, namentlich der unteren und der mittleren, als ob es sich um ihre eigene Sache handelte. Wer wie ich als Vetter einer Verwaltung mit mehreren hundert Beamten den materiellen und seelischen Druck beobachtet hat, der in der Kriegs- und Nachkriegszeit auf der Beamtenschaft lastete, und wer da weiß, wie klein auch für die große Mehrzahl der Beamten das Stück täglichen Brotes ist, das ein verarmtes Volk zu bieten vermag, der kann nur seinem lebhaften Bedauern über diese Angriffe und haltlosen Uebertreibungen Ausdruck geben.“

Von der Deutsch-demokratischen Partei liegen längere Ausführungen des Abg. Otto Schuldt-Steglich vor, in denen diese Angriffe auf dieselbe Quelle zurückgeführt werden, aus denen die berühmte „Denkschrift“ stammt und aus der die Reichsregierung die Argumente für ihre ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der unteren Beamtengruppen schöpft — der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Die Deutsche Volkspartei ließ durch Herrn Reichstagsabgeordneten Morath erklären:

„Diese Angriffe sind so widersächtig und unsächtig, daß man den Verfasser durch eine längere Widerlegung nur zur Bedeutung bringen würde. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch meine Partei von einer solchen Pressepolitik weit abruht.“

Während alle Parteien von diesen Angriffen gegen die Beamten abrückten und der Vertreter der Deutschnationalen erklärte, daß er sich mit seinem Parteifreunde (dem Verfasser der Hegeartikel) direkt in Verbindung setzen wolle, nahm der Vertreter des Zentrums, Abgeordneter Alletotte, ein „gehobener mittlerer Beamter“, eine Stellungnahme ein, aus der sich die Erklärung für manche unverständliche Handlungen des Zentrums seit der letzten Reichstagswahl ergibt. Seine Ausführungen verdienen in den meisten Beamtentreisen bekannt zu werden. Herr Alletotte erklärt u. a.:

„Die Beamten befinden sich allgemein augenblicklich in einer schwierigen Lage, insbesondere aber die Beamten der unteren und mittleren Beamtengruppen. Eine Neuordnung der Besoldungs-

verhältnisse ist dringend geboten. Zurzeit aber fehlen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden die Geldmittel dazu; einer zweiten Inflation würde die Beamtenbesoldung unbedingt unterliegen. Man muß nun — sagt Herr Alletotte — auf Seiten der Beamtenbesoldung gerecht sein und erkennen, daß, wenn trotzdem eine schematische gleichmäßige Erhöhung der Bezüge von Beamten der Gruppen I bis 6 gefordert wird, das einmal eine Verteilung unter den unberücksichtigt gelassenen Beamten, zum andern aber auch bei den durch die Steuern ganz gewaltig wirtschaftlich gedrückten Personen hervorgerufen muß, denn die Kreise in den freien Wirtschaftsbetrieben lagen sich mit gutem Grunde, daß es Millionen Menschen im Volke gibt mit einem viel geringeren Einkommen als das der Beamten, auch der Gruppen I bis 6. „Die Wirtschaft“, heißt es weiter, dürfe erwarten, daß auch die Beamtenbesoldung in dieser Zeit der bitteren Not für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes auch nach einer Zeitlang Opfer auf sich nimmt. Und diese Kreise der freien Berufe finden es unverständlich, daß die Beamten in dieser Zeit der Bedrängnis immer von neuem nur Wünsche durch ihre Spitzenorganisationen vortragen lassen: einheitliche Festsetzung eines Wochenarbeitsmaßes von 48 Stunden, „Neuregelung“ des Urlaubs, Einrichtung einer durchgehenden Tagesdienstleistung u. a. m. Wenn z. B. der Beamte einen Jahresurlaub bekommt bis zu 7 Wochen, der selbständige Handwerksmeister und Kaufmann, sowie Arbeiter, Angestellte und Direktoren einen ganz erheblich kürzeren Urlaub zu nehmen gezwungen sind bzw. bekommen, ein Unterschied kraftloser Form also in die Erscheinung tritt, dann muß das über wirken. Wenn weiter Beamtenorganisationen scharf Stellung nehmen gegen Steuergesetze und Jollitartar, und dabei eine Unkenntnis der Verhältnisse betonen und sich offensichtlich außerstande zeigen, die richtigen Relationen zu ziehen, dann muß das die Kluft zwischen den Angehörigen der freien Berufe und der Beamtenbesoldung vergrößern; dann muß das die vor Jahren sichtbar gewordene Steigerung der Sympathien weiter Volkskreise für die Beamtenbesoldung immer scharfer in das Gegenteil verkehren. ...

Es erübrigt sich gegenüber einer solchen Stellungnahme eines Arbeitnehmervertreters jedes Wort der Ermüdung. Die Beamtenorganisationen und ihre Presse werden wohl Gelegenheiten nehmen, sich mit diesem Verteidiger nacktester Profitinteressen in der Maste des christlichen Beamtenfreundes etwas näher zu beschäftigen. Für die gesamte Beamtenbesoldung ergibt sich aber aus diesem Feldzug gegen sie eine heilsame Lehre, die sie hoffentlich bei den nächsten Wahlen beherzigen wird.

Sport.

Vom Segelflug mit Hilfsmotor.

Die Gruppe II der Ausschreibungen betrifft den Segelflug mit Hilfsmotoren. Weiter ist durch den „Luftrat“ erneut der „Prinz-Heinrich-Rhön-Wanderpreis“ der Lüste für 1925 ausgeschrieben worden. Prinz Heinrich hat diesen Preis demjenigen Segelflugzeug mit Hilfsmotor zugebucht, das in jeder Beziehung deutschen Ursprungs ist. Dieser Preis konnte vergangenes Jahr nicht ausgeflogen werden, weil der deutsche Motor damals fehlte. In der Zwischenzeit stieg Botsch in 3 1/2 Stunden am 29. Dezember 1924 500 Kilometer weit. Die Wertung geschah damals nach Formeln, und ich glaube, daß bei völliger Würdigung und Anerkennung aller Fehler und Ungerechtigkeiten, die eine Formelwertung stets enthalten wird, in diesem Falle wohl alles einig war, daß Botsch der Preisträger war.

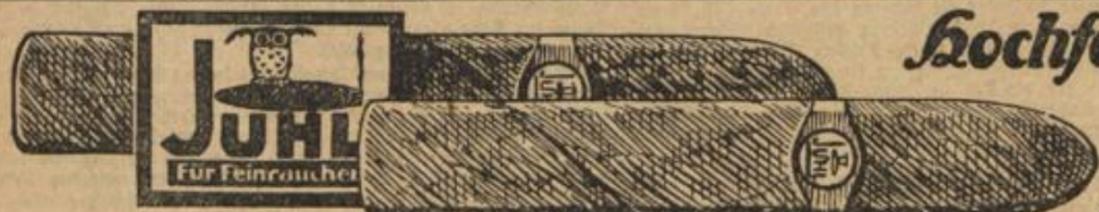
Nun kam Rositten: Segelflugzeug mit Hilfsmotor. Erfolge waren nicht zu verzeichnen, weil sich alles für den W. J. Flug vorbereitete. Ueber die Erfahrungen aus dieser Kraftprobe geben die Urteile noch auseinander. Sie werden insofern ein ungleiches Bild ergeben, als die Behandlung der Motoren während des Fluges selber ungleich war. Große Fabriken hatten für ihre Flugzeuge Instandsetzungskolonnen verteilt, schoben selbst mit Flugzeug dem etwa notgelandeten Flugzeug das Nötige nach, was sich nicht jede Fabrik, geschweige denn ein einzelner leisten kann, da die Unkosten ungeheuer groß sind. Es sei daher erinnert, daß, bei den ersten Prinz-Heinrich-Flügen wenigstens, in den Begleitautos für jedes Flugzeug nur das vorgeschriebene Material unter Aufsicht und Verantwortung eines Unparteiischen mitgeführt werden durfte, so daß die Grundlage für alle Teilnehmer gleich war. Zum Rhön-Wettbewerb haben mit Hilfsmotor gemeldet: 1. Epenlaub, Epenlaub 7, 3 1/2 PS Victoria-Motor; 2. Kafflieg, Darmstadt, Plansegler „Karl der Große“, 30 PS Haade; 3. Niederrheinischer Verein für Luftfahrt, „Experiment“, 45 PS No; 4. Niederrheinischer Verein für Luftfahrt, „Liliput“, 7,5 PS No. Epenlaubs Motor-Maschine konnte aus technischen Gründen von der Technischen Kommission nicht zugelassen werden.

Daß die Kafflieg (Akademische Fliegergruppe der Technischen Hochschule) Darmstadt bei ihren wirklich so beschränkten Geldmitteln sich einen Motor zugelegt hat, ist sehr erfreulich, aber 30 PS sind zu stark. Das ist dann doch kein Segelflugzeug mit Hilfsmotor mehr, sondern schon ein Leichtflugzeug. In England ist ein Zweiflügler mit dieser Motorstärke schon das gegebene Luftauto für Sport und Privatluftverkehr. Es bleibt von den Gemeldeten also nur noch übrig: „Experiment“ und „Liliput“ mit ihren 10-Motoren. Von diesen beiden ist bis jetzt nur „Experiment“ eingetroffen, geflogen ist auch diese Maschine noch nicht, obwohl wir bereits zehn Tage vor Wettbewerbsende stehen.

Dabei muß bekannt werden, daß gerade der Sport mit diesem Hilfsmotor-Segelflugzeug so herrlich sein könnte wie ehemals. Der Motor gestattet überall zu starten und zu landen, man läßt sich heben bis zu jenen Windrichtungen, wo man die richtigen Windrichtungen findet, die es gestatten, auf das Ziel hinauszufegen.

Die Ausschreibungen befragen: „Der Preis wird dem Flugzeug zugesprochen, welches nach Start mit oder ohne Motor, kraft eines Segelflugs im Bereich der Wassertruppe ausfährt, darauf den Motor anstellt, sich 10 Kilometer von der Startstelle entfernt und nach der Wassertruppe zurückfliegt.“

Beamtentisch für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Astor Calernano; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schönd; Freiwirtschaft: Dr. John Schindler; Sozialismus und Sozialismus: Karl Rastbach; Arbeiter: Dr. Glöck; Jüdisch in Berlin: Berlin; Demokratisches Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Demokratisches Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.



Hochfeine Coronas:

- Diestro..... 20
- Gloria de Cuba Londres... 25
- St. Amador..... 40
- Brasil Coronas { St. Felix Pflanze... 20
- Rio Blanka..... 30

Erhältlich in Zigarrengeschäften!

ZIGARRENFABRIKEN PAUL JUHL BERLIN-PANKOW

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angew. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Teilzahlung
Elegante Herrenbekleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung
Kontroll-Maßanzüge von M. 90 an
Gummimäntel u. Lodenmäntel
Julius Fabian Maßschneiderei
Gr. Frankfurter Str. 37 nur 2. Etage

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr
Erfinder — Vorwärts
Arbeitslose gute Verdienstmöglichkeit! Aufklärung und Beratung erteilt. „Ein neuer Geist“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin, Königgrüßer Straße 71.

Reichsbanner-Kameraden!
Am Sonntag, den 23. August 1925:
Zahnenweiche in Lütben
(Spreewald)
Die Berliner Kameraden sind hiermit freundlichst eingeladen. Der Vorstand.
Jäger zur Benutzung vom Gölitzer Bahnhof: Abfahrt Sonntag früh 7 Uhr und 7.50 Uhr.
Fahrpreis: Sonntags-Rückfahrkarte Mark 3,10.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Posto 5 Pfennig.
Vorwärts in allen Vorwärts-Ausgabestellen.